

1. September 2026

Interpellation 357 / Ronja Stahl, SP

eingereicht am 11. Juni 2026 – Wortlaut siehe Beilage

PFAS – was unternimmt die Stadt Wil?

Ronja Stahl, SP, reichte am 11. Juni 2026 mit zehn Mitunterzeichnenden eine Interpellation zum Thema "PFAS – was unternimmt die Stadt Wil" ein und wünscht die Beantwortung von fünf Fragen.

Beantwortung

1. Wurden im Trinkwasser und im Grundwasser der Stadt Wil PFAS-Analysen durchgeführt? Wenn ja, durch wen, wann und mit welchem Ergebnis? Stellen die Ergebnisse eine gesundheitliche Gefahr für die Wiler Bevölkerung dar? Wenn nein, warum nicht?

Die Technischen Betriebe Wil (TBW) führen im Trinkwasser regelmässig PFAS-Analysen durch. Die Untersuchungen werden derzeit einmal jährlich durch ein akkreditiertes Labor (Kantonales Labor St. Gallen) vorgenommen. Die letzte Analyse erfolgte am 5. Mai 2026. Die bisherigen Messungen haben keine erhöhten PFAS-Konzentrationen ergeben.

Aus heutiger Sicht bestehen daher keine Hinweise auf eine gesundheitliche Gefährdung der Wiler Bevölkerung durch das abgegebene Trinkwasser.

Die TBW beurteilen die aktuelle Messkadenz als angemessen. Eine Erhöhung der Untersuchungsfrequenz würde insbesondere dann geprüft, wenn künftige Messungen erhöhte PFAS-Konzentrationen aufzeigen, eine Annäherung an verbindliche Höchst- oder Beurteilungswerte festgestellt wird, neue gesetzliche Vorgaben in Kraft treten oder konkrete Hinweise auf eine veränderte Belastungssituation vorliegen.

PFAS umfasst eine grosse Anzahl unterschiedlicher Stoffe, für die teilweise unterschiedliche rechtliche Vorgaben gelten. Die TBW verfolgen die Entwicklungen auf Bundes- und Kantonsebene laufend und passen ihr Monitoring bei Bedarf entsprechend an.

2. Wurden technische Massnahmen ergriffen, die PFAS-Belastung im Trinkwasser zu senken (z.B. mittels Durchmischung)? Gibt es Unterschiede bei den Messwerten bezüglich des Ortes der Probenname?

Aufgrund der bisherigen Messresultate waren keine spezifischen technischen Massnahmen zur Senkung einer PFAS-Belastung im Trinkwasser erforderlich. Die regelmässig durchgeführten Analysen haben keine erhöhten PFAS-Konzentrationen ergeben.

Die Messungen an den verschiedenen Entnahmestellen zeigen keine relevanten Unterschiede. Aus den bisherigen Resultaten ergeben sich keine Hinweise darauf, dass einzelne Bereiche des Versorgungsgebiets stärker belastet wären als andere.

Eine Anpassung des Betriebs oder die Prüfung zusätzlicher technischer Massnahmen würde erfolgen, wenn künftige Messungen erhöhte PFAS-Konzentrationen aufzeigen, eine Annäherung an verbindliche Höchst- oder Beurteilungswerte festgestellt wird oder neue Vorgaben von Bund oder Kanton dies erfordern.

3. Sind der Stadt weitere PFAS-belastete Böden und Standorte auf dem Gemeindegebiet bekannt, insbesondere auf landwirtschaftlichen Nutzflächen, im Bereich von anstehenden Infrastrukturprojekten (z.B. geplantes Schulhaus Schillerstrasse) und im Bereich der Quellbrunnen für die Trinkwasserversorgung? Wenn ja, welche Massnahmen hat die Stadt hier geplant?

Im Nordosten des Kantons St. Gallen wurden in mehreren Gemeinden PFAS-Belastungen auf Landwirtschaftsflächen festgestellt, in Wil und Umgebung sind keine derartigen Fälle bekannt. Diese Belastungen stammen vermutlich aus Klärschlammaustragungen, die bis 2006 zulässig waren. Vorgefunden wurde hauptsächlich PFOS, ein ganz bestimmtes PFAS, das seit 2011 verboten ist. Tierische Lebensmittel wie Fleisch, Eier oder Milch, die auf diesen Flächen produziert werden, weisen zum Teil erhöhte PFAS-Werte auf. Neben dieser grossflächigen Belastung könnten vereinzelte, kleinräumige Belastungen (oft Altlasten) vorkommen, auch hierzu ist aktuell nichts bekannt. Auch für Bauvorhaben könnten aber somit belastete Böden und belasteter Aushub eine Herausforderung sein. Je nach Höhe der Belastung kann der Boden und Aushub nur eingeschränkt verwertet und muss allenfalls sogar aufwändig behandelt werden. Dies verursacht zusätzliche Kosten.

Die einzig bekannte Verdachtsfläche ist der Standort der ARA Freudenau, auf der momentan technische Untersuchungen durchgeführt werden. Ausgewertete Resultate liegen hingegen noch nicht vor. PFAS-haltige Feuerlöschschäume (AFFF) kamen oft bei Löschübungen und in der Brandbekämpfung zum Einsatz, insbesondere auf Arealen der Feuerwehr und von Abwasserreinigungsanlagen (ARA). Zudem gab es noch weitere Eintragsquellen dieser problematischen Stoffe.

Seit einigen Jahren werden Grundwasser-Proben (nicht-aufbereitetes Rohwasser) auch auf PFAS untersucht. Erfreulicherweise findet man nur wenige PFAS-Substanzen in sehr kleinen Konzentrationen an verschiedenen Messstandorten im Kanton. Diese Nachweise liegen sowohl im besiedelten wie im ländlichen Gebiet vor. Grenzwerte, soweit sie festgelegt oder vorgeschlagen sind, wurden bei den Rohwasserproben keine überschritten.

Nach heutigem Kenntnisstand sind den Technischen Betrieben Wil im Bereich der für die Trinkwasserversorgung genutzten Quellbrunnen und deren Einzugsgebiete keine PFAS-belasteten Böden oder Standorte bekannt, die

einen unmittelbaren Handlungsbedarf auslösen würden. Die bisher durchgeführten Trinkwasseranalysen haben zudem keine erhöhten PFAS-Konzentrationen ergeben.

Sollten künftige Messungen, neue kantonale Grundlagen oder konkrete Hinweise auf mögliche PFAS-Belastungen im Umfeld der Quellbrunnen zu neuen Erkenntnissen führen, werden die TBW in Abstimmung mit den zuständigen kantonalen Fachstellen die erforderlichen Abklärungen veranlassen und die gegebenenfalls notwendigen Massnahmen prüfen.

4. Mit welcher finanziellen Belastung durch die Sanierung PFAS- belasteter Böden und Infrastruktur ist längerfristig zu rechnen?

Eine verlässliche Aussage ist unter den gegebenen Umständen und dem derzeitigen Informationsstand nicht möglich.

5. Wie gedenkt der Stadtrat, die Bevölkerung über den aktuellen Stand der PFAS- Problematik und mögliche gesundheitliche Bedenken zu informieren?

Der Stadtrat wird bei aktuellen Informationen oder Änderungen der Lage, die für die Bevölkerung relevant sind oder Auswirkungen auf diese hat, umgehend informieren.

Stadt Wil



Andreas Breitenmoser
Stadtpräsident



Janine Rutz
Stadtschreiberin